



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 0886890

B/WI/32 - 7. Februar 1961

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	<u>Gegenwartsbezogen, zukunftsweisend</u> Zur SPD-Tagung in Bad Dürkheim Zentralpunkte sozialdemokratischer Regierungspolitik	49
2	<u>Die ständige Anklage</u> Anhaltender Flüchtlingsstrom aus der Zone	19
3 - 4	<u>Hintergründe der französischen KP-Krise</u> Von unseren Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer	57
1	<u>"Autokratisch, unterdrückend"</u> Zur Denkschrift portugiesischer Oppositioneller	20
5 - 6	<u>Zuchthaus für harmlose Ausserung</u> Geschehen in der Zone des Unrechts	84

* * * * *

Gegenwartsbezogen, zukunftsweisend

Zentralpunkte sozialdemokratischer Regierungspolitik

G.M., - Bad Dürkheim

Die Tagung des Präsidiums, der Mannschaft und der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion in Bad Dürkheim war der Auftakt zu einer Reihe von Konferenzen, deren Aufgabe es sein wird, das Regierungsprogramm der Sozialdemokratie für die kommende Legislaturperiode des Bundestages aufzustellen.

Willy Brandt nannte diese Arbeit "die Synchronisierung sozialdemokratischer Regierungspraxis und Zielvorstellungen auf die nachweisbaren Leistungen der SPD in Bund, Ländern und Gemeinden".

Einzelne Sachgebiete werden von hervorragenden Experten durchleuchtet. Man wird konkret die von einer sozialdemokratischen Regierung in Angriff zu nehmenden Aufgaben, für jeden Bürger verständlich, zu einem Regierungsprogramm verdichten, das den Anforderungen unserer Zeit entspricht. Hierbei dürfen - das war auch der in der Diskussion zum Ausdruck gebrachte Wille - keine vagen Versprechungen im Sinne von "Wahlschlagern" Leitmotiv werden. Im sozialdemokratischen Regierungsprogramm wird gesagt werden, was eine von dieser Partei geführte Regierung jetzt und in den kommenden vier Jahren als realpolitische Aufgabe vor sich sieht und was sie verwirklichen will. Jeder Wähler soll wissen, in welchem Bereich unseres Lebens die sozialdemokratische Regierung Ansätze zur Fortentwicklung, Verbesserung und Vervollkommnung des bisher gemeinsam Erreichten anstrebt und mit welchen Mitteln sie das tun wird. Hierbei soll nichts beschönigt oder offengelassen werden. Im geistigen, kulturellen und materiellen Bereich wird das sozialdemokratische Regierungsprogramm aber auch zukunftsweisend sein und im Blick auf das ganze Deutschland notwendige Initiativen aufzeigen, die - selbstverständlich im Einvernehmen mit unseren Freunden und Verbündeten - zur Überwindung des toten Punktes bei den Bemühungen um die Wiedervereinigung unseres Vaterlandes in Freiheit und Frieden führen sollen.

Willy Brandt hat in seiner stark beachteten Rede schon jetzt diese Zentralpunkte sozialdemokratischer Politik hervorgehoben. Er konnte hierbei auf die in Bad Godesberg im Grundsatzprogramm und im Appell von Hannover bereits in vielen Diskussionen innerhalb und ausserhalb der

SPD zu Beschlüssen verdichteten Zielvorstellungen aufbauen.

Das ist ein solides Fundament. Keine andere deutsche Partei hat eine solche Basis. Über Zufälle des Tages und Abhängigkeiten von Sonderwünschen einzelner Gruppen hinaus ist man bei den Gegnern der Sozialdemokratie noch nicht gekommen. Man kann getrost das bisher in der bundesrepublikanischen Politik Geschehene - ohne jemanden zu verletzen - als das Ergebnis einer Reihe von Umständen bezeichnen, die vielfach ihren Ursprung ausserhalb der Grenzen Deutschlands haben. Das Kotorische, das Gestaltende aus dem eigenen Erleben und Wollen heraus fehlte, wenn es sich dennoch ereignete, dann immer nur als Ergebnis des Drängens einer aktiven Opposition.

Die Sozialdemokratie und ihre Mannschaft wollen das Ändern, wollen es besser machen. Nach ihrer Vorstellung muss die deutsche Politik als Gemeinschaftsleistung unseres Volkes die Impulse zum Handeln im eigenen Hause und im Raum der internationalen Politik aus dem nationalen Erleben und in Zusammenhang mit den realen Gegebenheiten der Umwelt entwickeln.

Diesen Sinn hatte die Tagung von Bad Dürkheim.

+ - +

Die ständige Anklage

sp - Fast 17 000 Flüchtlinge haben im Januar dieses Jahres das von Ulbricht beherrschte Mitteldeutschland verlassen, über 2000 mehr als im Dezember 1960. Darunter befanden sich 2 400 Flüchtlinge im Alter unter 24 Jahren - wahrhaft eine schreckliche Anklage gegen ein System, das sich gern auf die Zukunft als Bundesgenossen beruft. Die Jugend Mitteldeutschlands aber glaubt nicht an diese Zukunft, sie sieht nur den Gewissenszwang und erlebt das Eingepresstsein in einem Staat, der menschliche Freiheiten und die Grundrechte des Menschen nicht kennt. Seit der unglücklichen Spaltung Deutschlands sind anderthalb Millionen Menschen aus der Zone nach dem Westen geflohen. Dieser ständige Abfluss entblösst die Zone und erklärt auch ihre inneren Schwierigkeiten; sind es doch gerade die aktivsten, für den Gang der Wirtschaft unentbehrlichen Kräfte, die Herrn Ulbricht den Rücken kehren. Das bombastische Gerede der Herren von Pankow, in wenigen Jahren die Bundesrepublik an Lebensstandard eingeholt und überholt zu haben, erweist sich vor diesem düsteren Hintergrund als ein leeres Geschwätz. Moskau als Schutzherr Pankows müsste sich fragen, ob es klug ist, Herrn Ulbricht die Stange zu halten, ist doch der anhaltende Flüchtlingsstrom eine ständig schwerer werdende Belastung der deutsch-sowjetrussischen Beziehungen.

+ + +

7. Januar 1961

Hintergründe der französischen KP-Krise

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Schauer

Anlass zur neuen Krise der KPF ist die Niederlage im Volksentscheid des 8. Januar 1961. Die Gründe liegen aber tiefer. Die öffentlichen Anklagen des Parteichefs Maurice Thorez gegen zwei hervorragende Politikermitglieder, nämlich gegen den kommunistischen Vertreter in der "Friedensbewegung" Laurent Casanova und dem zentralen Parteisekretär Marcel Servin, sowie gegen eine Reihe bekannter kommunistischer Intellektueller werden gegenwärtig in allen Organisationen der KP diskutiert, wobei sich einige Widerstände zeigen. Da und dort weigern sich bestimmte Bezirksgruppen, Steine auf die beiden Sündenböcke zu werfen und Maurice Thorez zu beweihräuchern. Es besteht aber kein Zweifel darüber, dass die Krise dennoch mit dem üblichen Triumph des Generalsekretärs und mit der Verurteilung, vielleicht mit dem Ausschluss der Ketzer endet. Wichtigere als der gegenwärtige Schauprozess in den kommunistischen Reihen sind die Gründe und Hintergründe dieser Krise in der grössten politischen Partei Frankreichs.

Innenpolitik...

Die innenpolitischen Probleme stehen im Vordergrund. Es geht vor allem um die "Einschätzung" des gaullistischen Regimes und um das Verhältnis zu den linksgerichteten Kräften. Die Opposition der KP ist der Auffassung, dass Gaullisten und Ultras zwei Fraktionen des Kapitalismus darstellen, dass die Ultras aber der gefährlichere Flügel sind und dass die Kommunisten jedenfalls nicht mit den Rechteradikalen gemeinsame Sache machen dürfen, sondern im Gegenteil eine Einheitsfront aller Linkskräfte gegen die rechtsradikale Gefahr anstreben müssen.

Thorez hingegen betrachtet den Gaullismus als "Hauptfeind" und schliesst daher ein paralleles Vorgehen gemeinsam mit Boustille nicht aus, wie der Volksentscheid des 8. Januar beweist.

Dies führte zu weiteren Krisen in den von der KP beeinflussten Massenorganisationen, insbesondere in der "Friedensbewegung" und in der Gewerkschaft CGT. Diese beiden Organisationen sollen in Zukunft strenger von kommunistischen Politikern gelenkt werden, in beiden Organisationen zeigen sich aber auch einstige Widerstände. Diese Auseinandersetzung erinnert an die Haltung der KPD von 1953 als das Notverordnungsregime Brüning und selbst die SPD als "Hauptfeinde" taxiert wurden,

7. Februar 1961

gegen welche die Stalinisten damals gemeinsam mit den Nationalsozialistischen Front kochten, wie beispielsweise in dem verhängnisvollen Russischen Volksentscheid 1951.

.... und Aussenpolitik

Die aussenpolitischen Zusammenhänge stehen im Hintergrund, sind aber der treibende Faktor. Thorez verkündete die neue Linie unmittelbar nach seiner Rückkehr aus Moskau. Niemand zweifelt daran, dass die neue Verteilung der KPF-Linie auf direkte Weisung der letzten Moskauer Konferenz der verschiedenen kommunistischen Parteien erfolgt. Es ist klar, dass auf de Gaulle, der von Moskau und der KPF lange Zeit "geschont" wurde, ein politischer Druck ausgeübt werden soll. De Gaulles Eigensinn gegenüber den Atlantik-Partnern sieht man in Moskau nicht ungern, man ist aber verärgert über die unmaassgebige Haltung de Gaulles in der Berlinfrage. Die sowjetische Aussenpolitik versucht im Zusammenhang mit der Fortdauer des Algerienkrieges Frankreichs Aussenpolitik weiterhin zu beeinflussen, umso mehr als sich mit dem Wechsel in der Führung der Vereinigten Staaten neue internationale Perspektiven eröffnen.

Der neue Kurs der KPF ist eine Radikalisierung in Worten, in der Tat aber ein Politik des Abwartens und der Festigung der eigenen Kader, die für alle Fälle bereit sein sollen. Vor allem die Massenorganisationen sollen als "Transmissionsriemen" der KP genauer kontrolliert werden als bisher.

+ + +

"Autokratisch, unterdrückend"

sp - Es sind beileibe keine Kommunisten, die sich jetzt als Opposition in Portugal rühren, wie es eine einseitig eingestellte Berichterstattung gern wahr haben möchte. Es sind frühere Anhänger des gegenwärtigen, seit einem Menschenalter herrschenden Diktators Salazar, darunter sogar ehemalige Minister.

In einer dem Staatspräsidenten überreichten Denkschrift von oppositionellen Politikern wurde die gegenwärtige Regierungspolitik als "autokratisch, unterdrückend und in flagranter Weise gegen die in der Verfassung versprochenen Bürgerrechte" bezeichnet. Unter Salazar, heisst es weiter in der Denkschrift, seien die Bürgerrechte zu einem toten Buchstaben geworden.

Kerner portugiesischer Verhältnisse bestreiten nicht den Wahrheitsgehalt dieser Anklagen, und sie wundern sich, dass dieser Staat einem Verteidigungssystem angehören kann, das ausdrücklich zum Schutz der Grundrechte des Menschen gebildet wurde. Unter dem Firmenschild Salazars, von unseren Abendländern oft und gern zur Nachahmung empfohlen, verbirgt sich eine hassenswerte Diktatur, die Land und Volk unterdrückt. Das Salazar-Regime bekommt nun den Drang nach demokratischen Freiheiten zu spüren. Auf die Dauer wird es ihn, wie die Denkschrift mutiger Oppositioneller beweist, nicht widerstehen können.

+ + +

Zuchthaus für harmlose Äusserung

Wieder liegt ein erschütterndes Beispiel darüber vor, was einem jungen Deutschen passieren kann, wenn er besuchsweise in die Zone des Unrechts fährt. Eine lange Zuchthausstrafe und schwere Gesundheitsschäden waren die Quittung für eine harmlos gemeinte Äusserung. In diesen Tagen kam zu einem Bremer Notar ein 32-jähriger Mann und gab zu Protokoll:

"Am 12. Januar 1960 habe ich mit einer amtlichen Einreisegenehmigung Verwandte in der Zone besucht. Zwei Tage später zeigte mir meine Verwandte das Labor im Kreiskrankenhaus. Bei dieser Gelegenheit machte ich u.a. die Äusserung: "Das sieht hier aus wie in einer Waschküche". Ich erklärte weiter, beim Pasteurinstitut in Lyon, bei dem ich früher tätig war, sei es ein ganz anderes Arbeiten. Am 16. Januar 1960 wurde ich von drei Beamten des Staatssicherheitsdienstes zum Mitgehen aufgefordert. Die Beamten brachten mich anschliessend nach Potsdam zur Untersuchungshaftanstalt des Staatssicherheitsdienstes. Von dort wurde ich nach Eisenach gebracht und am 18. Juni unter der Beschuldigung, ich hätte mich der Provokation und Arbeiterabwerbung schuldig gemacht, zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt. Von Eisenach kam ich anschliessend in das Zuchthaus nach Waldheim und von dort am 1. November zurück in die J-Haftanstalt Eisenach zwecks Entlassung auf Grund einer zwischenzeitlich erfolgten Amnestie. Meine Verurteilung und anschliessende Straffkraft erfolgte ausschliesslich aus Gründen, welche in der Bundesrepublik nicht als Straftaten angesehen werden".

In nächtlicher Stunde

Dieser Mann erzählte uns jetzt ohne jeden Pathos die Geschichte seines Lebens. Mit siebzehn Jahren Angehöriger der SS-Division "Hitlerjugend", französische Kriegsgefangenschaft, anschliessend als Zivilarbeiter weiter in Frankreich tätig, zuletzt als Krankenpfleger am Pasteur-Institut in Lyon, zufrieden mit dem Leben und Besitzer eines Renault-Kleinwagens. Mit ihm beschliesst er vor einem Jahr zu seinen einzigen Verwandten in die Zone zu fahren. Die amtliche Einreisegenehmigung läuft nach vierzehn Tagen ab, ohne dass er nach Frankreich zurückkehren kann. Denn seine paar Worte, geboren aus der Begeisterung für den eigenen Arbeitsplatz, bringen die Verhaftung zu nächtlicher Stunde, weil ein Assistenzarzt der Volkspolizei die Äusserung hörte und sie politisch auslegte.

Der Weg führt in die Untersuchungs-Haftanstalt des Staatssicherheitsdienstes in der Potsdamer Lindenstrasse. Hier wird ihm sein Name abgenommen, der Namenlose heisst künftig nur noch "Nummer 69". In der Einzelzelle brennt Tag und Nacht Licht. Auch auf dem täglichen Spaziergang sieht er keine Mitgefangenen. Die Nummer 69 erlebt in einer Woche 37 Vernehmungen. Dann werden ihm von seinem Wächter die Zähne

ausgeschlagen, - als er - geblendet von dem vielen Dauerlicht - über eine Stufe stolpert. Ein halbes Jahr sitzt er in Untersuchungshaft. Eine Haftbeschwerde nach Berlin bleibt ohne Antwort.

Die Verurteilung

Dann macht man ihm in Eisenach den Prozess. Zweiundzwanzig Jahre alt ist die Staatsanwältin Michel, zwei Schulklassen sind in den Zuschauerraum delegiert worden, und Gerichtsrat Lindner-Götze tut sehr leutselig: "Ich reiche Ihnen noch einmal die Hand, wenn Sie uns offen sagen, von wem der Auftrag zur Abwerbung von medizinischem Personal stammt". Die Verhandlung dauert von 8 bis 15.30 Uhr. Bei der Urteilsfindung werden die "nazistische Vergangenheit" und die fehlende "sozialistische Erziehung" als Milderungsgrund bezeichnet.

Der sinnlos Angeklagte legt Berufung ein. Schon am nächsten Tag wird darüber verhandelt. Einen beantragten Rechtsanwalt hatte das Gericht in der 1. Hauptverhandlung abgelehnt. Diesmal erscheint zehn Minuten vor Verhandlungsbeginn ein Jugendlicher in Campinghemd und Manchesterhose: "Ich bin Ihr Strafverteidiger". Es bleibt keine Zeit zum Erklären, und so lehnt jetzt der Angeklagte den Strafverteidiger ab. Das wird ihm als Verhöhnung der "demokratischen Rechtsprechung" angekreidet. Es bleibt beim Urteil: Zwei Jahre Zuchthaus wegen "Provokation und Arbeiterabwerbung".

Er braucht die ganze Zeit im Zuchthaus Waldheim nicht abzusitzen, denn Wilhelm Pieck stirbt, und zu den anschliessend Amnestierten gehört auch der immer noch Namenlose. Aber es wird noch zwei Monate dauern, bis er die Zone des Unrechts verlassen kann.

Ohne Fahrkarte abgeschoben

Er kommt in das Zonengrenzlager Finsterwalde für Ausländer und für im Ausland lebende Deutsche. Erst am vierten Tag weiss er, warum. Die Beamten des SSD behandeln ihn ausgesprochen "süss" und machen ihm schliesslich ein grosszügiges Angebot, damit er in der Zone bleibt. Aber die Haftbehandlung kann niemand rückgängig machen, das gebrannte Kind lehnt ab. Schliesslich wird er ins örtliche Polizeirevier gegeben, wo er 18- und 19-jährigen Volkspolizisten gegenüber sitzt. Er beschwert sich über den Zwangsaufenthalt, den er offen als Freiheitsberaubung bezeichnet. Lautes Gelächter ist die Antwort.

Dann wird er in den Westen abgeschoben. Man setzt ihn in Marienborn ohne Fahrkarte in den Interzonenzug. Der junge Mann, der jetzt in Bremen als Krankenpfleger neue Arbeit gefunden hat, wird zeitlebens das Jahr 1960 nicht vergessen. Er hat das Abenteuer eines Verwandtenbesuchs von Frankreich in die Zone schwer bezahlen müssen. (Aus der "Bremer Bürgerzeitung").

+ + +